

# Paibacher Zeitung.

Nr. 287.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5-50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. 7-50.

Montag, 15. Dezember.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere per Zeile 4 kr.; bei öfteren Wiederholungen der Zeile 3 kr.

1879.

## Amtslicher Theil.

### Erkenntnisse.

Das k. k. Landesgericht als Strafgericht in Prag hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft mit den Erkenntnissen vom 2. und 3. Dezember 1879, Z. 27730 und 27788, die Weiterverbreitung der Zeitschrift „Arbeiterfreund“ Nr. 22 vom 27. November 1879 wegen des Feuilletonartikels „Aussichten“ und wegen des Artikels „Das Interesse als Triebfeder“ nach § 302 St. G., dann der Zeitschrift „Náši mládeži“ Nr. 3 vom 1. Dezember 1879 wegen des Artikels „Náši duové nešťastní. Dějepisné úryvky. Píse Coněk Kalandra. (Dokonceňi)“ nach den §§ 64 und 305 St. G. verboten.

Das k. k. Kreisgericht als Preisgericht in Böhm.-Leipa hat auf Antrag der k. k. Staatsanwaltschaft mit dem Erkenntnis vom 6. Dezember 1879, Z. 484, die Weiterverbreitung der Zeitschrift „Abwehr“ Nr. 866 vom 3. Dezember 1879 wegen des Artikels „Die Unverbesserlichen“ nach § 303 St. G. verboten.

## Nichtamtlicher Theil.

### Das handelspolitische Verhältnis Oesterreichs zu Deutschland.

Ueber das handelspolitische Verhältnis zwischen Oesterreich und Deutschland schreibt die „Presse“: „Unser autonomer Zolltarif ist kein Kampftarif. Man kann daher füglich sagen, daß, während die deutsche Wirtschaftspolitik zu dem ausgesprochensten Schutzoll neigt, unsere von vertragsfreundlicher Tendenz geleitet ist. Ein Meistbegünstigungsvertrag zwischen Oesterreich und Deutschland würde letzterem die Hoffnung auf billige österreichische Tarife geben, dem ersteren die Gefahr des Ausschlusses wichtiger österreichischer Industrie-Artikel von den deutschen Grenzen bringen. Bei solcher Sachlage ist die Frage, wegen deren man sich derzeit erhitze, ob wir Deutschland für das nächste halbe Jahr einen Meistbegünstigungsvertrag mit Fortdauer des Appreturverfahrens bewilligen sollen, fast eine nebensächliche. Wir verkennen keineswegs die Bedeutung des Appreturverfahrens für unsere Handelsinteressen; aber zahlreicher noch als die Interessen dieses Wirtschaftszweiges sind diejenigen, denen eine loyale Verständigung über die deutsche Tarifpolitik wichtig und entscheidend ist. Im Zusammenhange mit dem ganzen Wirtschaftssysteme, das hier in Frage gestellt ist, erscheint daher, wie gesagt, das Appreturverfahren nur als eine beachtenswerte Episode und selbst dessen Aufhebung keineswegs so schwerwiegend, um die Nothwendigkeit einer allzu großen Nachgiebigkeit „um des politischen Friedens willen“ und der Preisgebung des Rohleinenverkehres wettmachen zu können.“

## Feuilleton.

### Was die Liebe vermag.

Roman, frei nach dem Englischen bearbeitet von Ed. Wagner (Verfasser der „Alexa“).

(Fortsetzung.)

„Sie müssen wenige Menschen Ihrer Liebe wert gefunden haben, da Sie Ihre Liebe mir zuwenden konnten,“ sagte Miss Winham. „Sie haben wohl nicht viele Freunde, Valerie?“

„Ich habe keinen einzigen Freund,“ antwortete das junge Mädchen in einem Tone, welcher die Matrone mit Mitgefühl erfüllte und ihr Herz noch mehr für das junge Mädchen erwärmte. „Ich stehe ganz allein in der Welt.“

„Sie sind eine Waise, mein Kind? Zögern Sie nicht, mir Ihr Vertrauen zu schenken, Valerie. Sie haben nie etwas von sich selbst erzählt, aber ich bin überzeugt, daß Sie von ehrenwerter Familie sein müssen.“

Das Mädchen erröthete.

„Ich fürchte, ein Unrecht begangen zu haben, daß ich Sie so lange in Unkenntnis anbetreff meiner Herkunft ließ,“ sagte sie; „aber wie konnte ich Ihnen davon erzählen? Ich hatte oft die Absicht, Ihnen alles zu sagen, aber wenn ich es mir vornahm, wurde mein Vorgesetz immer wieder erschüttert.“

„Erzählen Sie mir alles, Valerie. Mr. Pearson schrieb mir, Sie seien edel und gut, und ich weiß, daß ich ihm vertrauen kann. Ich kann Ihnen vielleicht helfen oder rathen. Ich habe zuweilen Willen

Gegen eine solche Nachgiebigkeit kann man nicht früh genug Front machen, gerade um die Aufrichtigkeit der Beziehungen Oesterreich-Ungarns zu Deutschland nicht auf ein unbefriedigendes Provisorium, sondern auf loyale und solide Basis zu fundieren.

„Eben deshalb ist es Sache der beiderseitigen Handelsminister und nicht unseres auswärtigen Amtes, die entscheidende Stimme für die meritorischen Verhandlungen mit Deutschland zu heischen. Denn darüber muß die Oeffentlichkeit beruhigt sein, daß für die Regelung unserer Handelsbeziehungen mit Deutschland nicht politische, sondern eben wirtschaftliche Interessen ausschließlich maßgebend bleiben, und je nachdrücklicher im gegenwärtigen Augenblicke der Schutz dieser Interessen durch den berufenen und verantwortlichen Minister sein wird, desto weniger ist zu fürchten, daß die politische Intimität der beiden Nachbarstaaten in Zukunft leiden werde. Gerade der innige Zusammenhang der Politik und Volkswirtschaft, gerade weil die Volkswirtschaft die Mittel herbeischaffen muß, welche die Politik zu ihrer künftigen Entfaltung bedarf, muß es dem Politiker vom Fach verwehren, in Frage commerciellen Interesses ungerechtfertigte wirtschaftliche Concessionen an das Ausland zu begehren.“

Ueber dieselbe Frage äußert sich das „Wiener Extrablatt“: „Es geht nicht an, Deutschland oder irgend einem Staate gegenüber, der unsere Industrie-Erzeugnisse, unsere Manufacturen und Bodenproducte beim Grenzübertritte mit Zöllen und Abgaben belastet, unsererseits aus politischen Motiven Erleichterungen und Begünstigungen für seine Exportartikel einzuräumen! Das hieße nicht Freundschaft üben, nicht Zoll- und Handelspolitik treiben, das wäre ganz einfach abrahamitische Kindesabschlachtung aus Liebe zum „Herrn“ in Berlin. Das Kind aber wäre unsere Industrie, unser Gewerbe! Concession gegen Concession! muß unsere Parole sein und bleiben bei den im Zuge befindlichen Verhandlungen.“

„Können wir auf diesem Wege zu einem ehrlichen, klaren, beiderseits befriedigenden Pacte gelangen — gut! Wir wünschen nichts sehnlicher. Wo nicht, so müssen wir und werden wir uns ohne Vertragsverhältnis mit dem autonomen Tarif behelfen, bei dessen Feststellung eben unser eigenes wirtschaftliche Interesse allein und keine andere Rücksicht wird für uns maßgebend sein. In politischer Hinsicht können wir dabei die besten Freunde bleiben, umsomehr, als eben die Harmonie der politischen Ziele und Strebungen im Vereine mit den wohlverstandenen eigenen Interessen hüben wie drüben allen etwaigen Zollkriegsgelüsten einen wirklichen Riegel vorschieben dürften.“

auf Ihrer Stirn bemerkt, wenn Sie sich unbeachtet glaubten, und ich habe Sie seufzen gehört wie jemand, der eine große Herzenslast zu tragen hat. Ich habe viel von der Welt gesehen und ich kenne das Leben. Theilen Sie mir Ihren Kummer mit; was es auch sein mag, es soll in meiner Brust begraben sein.“

Sie streichelte zärtlich mit der Hand über Valerie's dunkle Haare.

Gertrude hatte sich in das Garderobezimmer ihrer Herrin zurückgezogen und war mit dem Auspacken der Sachen beschäftigt. Miss Winham und Valerie befanden sich also allein im Gemache.

„Erzählen Sie,“ drängte die Matrone sanft. „Ihr Geheimnis soll bei mir sicher sein. Haben Sie jemals geliebt?“

„Es ist eigentlich keine Liebesgeschichte, Miss Winham,“ antwortete Valerie plötzlich. „Und doch ist es zum Theil eine solche.“

„Ich dachte es. Und er hat Sie verlassen?“

„Nein, Miss Winham. Er ist der treueste und großherzigste Mann. Er würde mich heiraten, wenn ich selbst eine Bettlerin wäre.“

„Sein Name?“

Valerie senkte ihr Haupt.

„Sir Arthur Rushfield,“ antwortete sie leise.

„Sir Arthur Rushfield! O, ich kenne diese Familie, sie ist eine der besten in England. Sir Arthur's Vater war der Bursenfreund des Marquis von St. Berry. Aber weshalb heiraten Sie Sir Arthur nicht?“

„Ich darf nie heiraten,“ erwiderte Valerie, ihr Köpfchen noch tiefer senkend. „Es lastet ein Fluch auf meiner Geburt.“

### Das Wehrgesetz im Herrenhause.

Der Bericht der Wehrcommission des Herrenhauses über die Wehrgezetvorlage, den wir weiter unten seinem Wortlaute nach mittheilen, ist würdig des einmüthigen patriotischen Beschlusses, welchen die Commission in dieser hochwichtigen Frage gefaßt hat. Ruhig und sachlich, unter voller moralischer Anerkennung der Motive, von denen sich die Minorität des Abgeordnetenhauses bei ihrer Opposition leiten ließ, werden die zwingenden Gründe dargelegt, welche für die Wiederherstellung der Regierungsvorlage sprechen. Der Appell, welchen der Bericht zum Schluss an die Linke des Abgeordnetenhauses richtet, wird hoffentlich nicht wirkungslos bleiben. — Der vom Berichterstatter Freiherrn von Hye ausgearbeitete Bericht lautet:

„Im Sinne der Erwägungen, welche Eure Majestät bezüglich der das Wehrwesen der Monarchie betreffenden Gesetzentwürfe auszusprechen geruhen, wird das Herrenhaus den Bedingungen für die Erhaltung der Wehrkraft des Reiches die volle Würdigung zu theil werden lassen, welche sie erfordert, und die gleichzeitige Beachtung der Finanzlage gestattet.“ Mit diesen Worten hat das Herrenhaus in seiner allerunterthänigsten Adresse auf die Allerhöchste Thronrede, womit Se. Majestät der Kaiser am 8. Oktober d. J. die gegenwärtige (IX.) Session des Reichsrathes zu eröffnen geruhen, im voraus den Standpunkt gekennzeichnet, aus welchem dasselbe den vorliegenden Gesetzentwurf zu würdigen sich verpflichtet sehen wird. Mit unverrückter Festhaltung dieser, von dem gesammten Herrenhause in einer so feierlichen Enunciation vorgezeichneten Zielrichtung mußte sich die mit der Vorberathung des vorliegenden Gesetzentwurfes betraute Commission dieses hohen Hauses vor allem die Frage stellen, ob durch die gebieterische Fürsorge für die Erhaltung der Wehrkraft des Reiches nicht bloß die Annahme der von dem hohen Abgeordnetenhause beschlossenen Stärke des Kriegesstandes des stehenden Heeres und der Kriegsmarine bis zum Schlusse des Jahres 1889, sondern auch die von der Regierung im § 2 der ursprünglichen Regierungsvorlage in Anspruch genommene Stabilisierung dieser Kriegesstärke für einen ebenso langen Zeitraum bedingt erscheine.

Die Commission hat nun, nach eindringlichster und sorgfältigster Würdigung aller hiebei zu erwägenden Momente und im Hinblick auf die von dem Herrn Ressortminister sowie von den anderen an der Commission theilnehmenden militärischen Fachmännern in überzeugendster Weise und ziffermäßig dargethane Nothwendigkeit mit einhelligen Stimmen beide Frage-

„Das ist ein hartes Wort, Valerie, und ich glaube, Sie verstehen seine Bedeutung nicht. Sprechen Sie deutlicher zu mir!“

Das junge Mädchen befand sich in der peinlichsten Verlegenheit. Was sollte sie antworten? Wie konnte sie Miss Winham die ganze Wahrheit mittheilen? Und doch fühlte sie das Bedürfnis, sich ihr zu offenbaren, denn sie wußte, daß die Matrone nicht aus Neugierde fragte, sondern das aufrichtige Mitgefühl sie dazu bewegte.

„Mein Name ist nur ein angenommener,“ sprach sie endlich stammelnd. „Ich habe kein Recht auf den Namen Gloom, — ich habe keine Herkunft, keine Heimat, keinen Namen.“

„Arme Valerie! Aber erzählen Sie mir jetzt auch alles.“

Das junge Mädchen blickte eine Weile gedankenvoll vor sich nieder. Einen Augenblick noch kämpfte sie mit sich, ob sie alles sagen dürfe; dann aber sagte sie sich, daß es Unrecht sei, wolle sie ihrer alten Herrin, die so wohlwollend ihr gegenüber war, irgend etwas vorenthalten, und alle Bedenken niederkämpfend, begann sie, den Wunsch derselben zu erfüllen:

„Meine Mutter war ein junges Mädchen vom Lande, die Tochter achtbarer Leute. Wer mein Vater war, weiß nur Gott allein. Sie waren getraut, aber es war nur eine Scheinheirat gewesen. Meine Mutter entdeckte die Wahrheit kurz vor meiner Geburt. Sie ließ mich unter der Pflege von Fremden zurück, hoffend, daß meine Angehörigen sich meiner aus Erbarmen annehmen würden. Dieselben ließen mich erziehen, wollten aber meine Verwandtschaft mit ihnen nicht anerkennen. Sie stießen mich lieblos zurück. Meine

punkte bejaht und sich auch ihrerseits von der Richtigkeit der von der Regierung im Motivenberichte zu ihrer Vorlage ausgesprochenen Anschauung überzeugt: „dass bei der gegenwärtigen Weltlage und den Machtverhältnissen der bedeutenderen Staaten Europas an eine Verminderung des Kriegsstandes des Heeres und der Kriegsmarine, welche naturgemäß auch mit einer tiefgreifenden Reorganisation verbunden wäre, sobald nicht gedacht werden kann.“ Auch der Commission des Herrenhauses erscheint gerade die dermalige Constellation der europäischen Staatsverhältnisse nicht geeignet, um eine Reduktion der bisherigen Kriegsstärke überhaupt oder des dermaligen, von den berufensten Sachverständigen für eine rasch zu vollziehende Kriegsbereitschaft als unentbehrlich erklärten Friedens-Präsenzstandes unserer Armee für die nächste Zukunft als rathlich erkennen zu lassen.

Der Zeitpunkt nämlich, in dem die Verhältnisse des Orients noch in keiner Weise geklärt und viel weniger gefestigt sich darstellen; — der Zeitpunkt, in dem das Kaiserthum Oesterreich inmitte großer Militärrstaaten seine Stellung auch noch gegenüber den kaum zur Selbstständigkeit gelangten und nach Erweiterung ihrer Macht ringenden Mittel- und Kleinstaaten am Balkan zu sichern und zu wahren und überdies die Schätzung und Obhut eines neuen Stück Landes in deren unmittelbarsten Angrenzungen auf sich genommen hat; — der Zeitpunkt endlich, indem die Völker Europas selbst aus der gegenverheißenden Friedensvereinbarung zweier mächtiger Kaiser die Zuversicht ihrer Verwirklichung nur schöpfen, wenn derselben gleich mächtige, wohlgerüstete Heeresmassen als Bürgen zur Seite stehen — dieser Moment und alle übrigen politischen Phasen der Jetztzeit sind doch wahrlich nicht danach angethan, um für Oesterreichs Kaiserstaat derzeit irgendwelche Maßregeln zu empfehlen, wodurch er genöthigt werden würde, mit dem vollen Gerüst seiner Heeresmacht hinter den anderen Staaten zurückzubleiben.

Gleich einmütig wie über die von der Regierung in Anspruch genommene und bereits auch von dem hohen Abgeordnetenhaus beschlossene numerische Stärke des Kriegsheeres für die nächsten zehn Jahre war jedoch unter den Mitgliedern der Herrenhaus-Commission die Uebereinstimmung auch darüber, dass diese Kriegsstärke Oesterreichs im europäischen Staatenconcerte ihre imponierende Kraft und Nachhaltigkeit nur dann zu wirken vermöge, wenn sie zugleich für eine längere Reihe von Jahren hinaus stabilisiert und gefestigt, daher im Hinblick auf die zu Recht bestehende zehnjährige Zeitdauer unserer staatlichen Vereinbarung mit der anderen Reichshälfte, auch durch einen eben so langen Zeitraum gegen die schwankenden Zufälligkeiten parlamentarischer Abstimmungen in zweierlei Parlamenten sichergestellt werde, welche dazwischen treten würden, wenn das Rekrutencontingent der beiden Reichshälften nach kurzen Zeitabschnitten oder gar alljährlich immer wieder neu festgesetzt oder abgeändert werden könnte.

Hierbei hat aber die Commission allerdings auch die Rehrseite eines solchen Beschlusses, nämlich den finanziellen Punkt, in die ernsteste Erwägung gezogen und einhellig die Erkenntnis ausgesprochen, dass die für die Erhaltung einer achtunggebietenden Kriegsmacht erforderlichen materiellen Leistungen nur mit den schwersten patriotischen Opfern aller Einzelnen auf-

zubringen sein werden. Doch selbst diese Bedenken mussten zum Schweigen gebracht werden, nicht bloß darum, weil überall da, wo die Sicherung des Festbestandes des Reiches in Frage steht, der finanzielle Moment umso mehr in den Hintergrund treten muss, als ein Staat, der nicht mehr mit eigener Kraft seine bisherige äußere Machtstellung zu schützen und zu erhalten vermöchte, gewiss auch nur zu bald seinen finanziellen Credit verlieren und seinen Einfluss vermindert sehen würde. Zugleich sprachen alle Mitglieder der Commission ihre Zuversicht aus, dass die endliche Neuorganisation unserer Steuergegebung dem Staate sehr ergiebige, bisher theils gar nicht, theils in zu geringem Verhältnisse und theilweise noch überdies mit ungerechter Bedrückung der anderen Steuercontribuenten zu den Staatslasten beitragende Einnahmequellen eröffnen kann und wird.

Die Commission ließ aber auch die Erwägung nicht ungewürdigt, dass durch die in Rede stehende zehnjährige Stabilisierung dem hohen Herrenhause zugleich eine Selbstbeschränkung in Beziehung auf die Ausübung eines kostbaren constitutionellen Rechtes während einer ebenso langen Zeitdauer angeschlossen wird. Allein im Hinblick auf die hohe Wichtigkeit und eherne Nothwendigkeit des hiemit angestrebten Zieles sprachen alle Mitglieder ihre Ueberzeugung auch dahin aus, dass es für jeden Einzelnen von uns sowie für das gesammte Herrenhaus als gebieterische patriotische Pflicht erscheine, seine Hingebung für das Ansehen und die Machtstellung der Monarchie auch durch die zeitweilige Selbstbeschränkung jenes Rechtes umso mehr zu betheiligen, als die Regierung Sr. Majestät im Schlussabsätze ihres Motivenberichtes der Vertretung des Reiches die Zusicherung gegeben hat, „dass sie es für eine patriotische Pflicht ansehen würde, noch vor Ablauf der Frist von zehn Jahren die ihr nach § 13 (des Wehrgesetzes) zustehende Initiative zur Herabsetzung der Kriegsstärke des Heeres und der Kriegsmarine, sowie auch zur Einschränkung des Wehrsystems überhaupt zu ergreifen, wenn unter den Mächten eine von der Regierung gewiss ebenso wie vom hohen Reichsrathe ersehnte Verständigung über eine Verminderung der Wehrkräfte früher erzielt werden sollte.“ Dieser Erklärung der Regierung muss nach dem Dafürhalten der Commission und kann von dem hohen Herrenhause umso volleres Vertrauen entgegengetragen werden, als gewiss alle mit unseren öffentlichen Verhältnissen vertrauten Patrioten Oesterreichs von der Zuversicht erfüllt sind, dass dann, wann immer, sei es auch noch vor Ablauf der jetzt in Rede stehenden Decade, jene glückliche Epoche eintreten sollte, in der sich unter den europäischen Großmächten die Geneigtheit rege machen wird, das große Friedenswerk einer allmählichen Abrüstung ihrer stehenden Heere in Angriff zu nehmen, doch ganz zuverlässig Oesterreichs ja ebenso hochherziger als mächtiger Herrscher nicht der letzte sein werde, der zum Segen seiner Völker bei dem großen Werke nicht bloß sein ausschlaggebendes Zustimmungswort, sondern auch seine energische That einsetzt.

Von allen Stimmführern der Commission wurde endlich der Anschauung lauter Ausdruck gegeben, dass der Beschluss des hohen Abgeordnetenhauses betreffs der Nichtzustimmung zum § 2 der Regierungsvorlage ausschließlich durch seinen patriotischen Eifer für finanzielle Ersparungen und Erleichterung der Steuerlasten

motiviert war. Allein es sprach sich in der Commission zugleich ebenso einmütig die Zuversicht aus, dass das hohe Abgeordnetenhaus bei Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Gesetzesvorlage sich nicht der Anerkennung verschließen werde, dass das Herrenhaus zu einer Abweichung von dem Beschlusse des anderen Hauses über eine der vitalsten Fragen des Staates gewiss nur durch die dargelegte zwingende Staatsnothwendigkeit bestimmt werden konnte, indem nach seiner Anschauung der von dem hohen Abgeordnetenhaus angenommene § 1 des vorliegenden Gesetzes ohne Mitannahme auch des § 2 der Regierungsvorlage des eigentlichen Lebensnervs entbehren würde, und dass ferner das Herrenhaus, dem die unverbrüchliche Aufrechterhaltung und Wahrung unserer Verfassung sowie die Sorgfalt für die thunlichst ausführbare Erleichterung der so schwer auf dem Volke drückenden Steuerlasten gleich heilig wie dem hohen Abgeordnetenhaus als Pflichtziel vor Augen schwebt, einen solchen Beschluss nicht gefasst haben würde, wenn es nicht zugleich tiefinnerst von dessen vollem Einklange mit der Verfassung und mit dem Volkswohle überzeugt wäre. Die Commission gab sich daher der zuversichtlichen Hoffnung hin, dass auch das hohe Abgeordnetenhaus nach nochmaliger Berathung des Gegenstandes dem Beschlusse des Herrenhauses beitreten werde.

Hinwieder hat sich aber die Herrenhauscommission, eben in Würdigung der von dem hohen Abgeordnetenhaus so dringlich hervorgehobenen Verpflichtung der beiden Häuser des Reichsrathes, in energischster Weise die Verbesserung unserer so tief daniederliegenden finanziellen und volkswirtschaftlichen Zustände in Angriff zu nehmen, zum Schlusse auch noch darüber geeinigt, dem hohen Herrenhause den Beitritt zu der von dem hohen Abgeordnetenhaus zu diesem Gesetze beschlossenen Resolution zu empfehlen. Hiernach stellt die Commission 1.) mit einhelligen Stimmen den Antrag: Das hohe Herrenhaus wolle dem Gesetzentwurfe in unveränderter Fassung der Regierungsvorlage die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen; 2.) das hohe Herrenhaus wolle folgende Resolution beschließen: Das Herrenhaus spricht seine zuversichtliche Erwartung aus, dass die hohe Regierung selbst innerhalb des Rahmens der bestehenden Heeresorganisation alle jene Ersparungen einführen werde, welche im Hinblick auf die missliche Lage der Staatsfinanzen und die ökonomischen Verhältnisse der Bevölkerung dringend geboten sind.“

### Oesterreichischer Reichsrath.

#### 9. Sitzung des Herrenhauses.

Wien, 12. Dezember.

Nach Erledigung des Einlaufes wurde das Gesetz betreffend die Herstellung eines gemeinsamen Zollverbandes mit Bosnien und der Herzegowina, der Fassung des Abgeordnetenhauses gemäß in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Bei der hierauf vorgenommenen Wahl in die Delegation wurden folgende Mitglieder gewählt: Fürst Czartoryski, Graf Falkenhayn, Freiherr von Felder, Dr. Habietnek, Freiherr von Koller, Fürst Friedrich Liechtenstein, Graf Reiperg, Anton Ritter von Schmerling, Josef Ritter von Schmerling, Fürst Schönburg, Freiherr von Winterstein, Fürst Adolf Auersperg, Graf Goeß, Freiherr von Hein, Freiherr von Hübner, Graf Rechberg, Graf Leo Thun, Freiherr von Brenner, Freiherr von Wehli, Freiherr von Königswarter.

Als Ersatzmänner erscheinen gewählt: Gögl, Graf Hoyos, Freiherr von Hye, Graf Lichnowsky, Freiherr von Nizy, Graf Widmann, Graf Wrba, Abt Helfertorfer, Fürst Rhedenhüller, Graf Mensdorff.

Die nächste Sitzung findet morgen statt.

#### 29. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 12. Dezember.

Präsident Graf Coronini eröffnet die Sitzung um 11 Uhr. Am Ministertische: Projak, Chertek.

Gegenstand der Tagesordnung ist die Specialdebatte über das Gesetz, betreffend die Aufhebung des Zollausschlusses von Brody.

Abg. Sochor beantragt ein halbjähriges Uebergangsstadium.

Abg. Benz erklärt sich gegen diesen Antrag. Wenn man die Aufhebung des Zollausschlusses von Brody als den Ruin dieser Stadt erklärt, dann müssten die Vertreter Brodys für Uebergang zur Tagesordnung über dieses Gesetz stimmen.

Abg. Wurmbbrand befürwortet den Antrag des Abg. Sochor aus Gründen der Billigkeit.

Regierungsvertreter Hofrath Baumgartner bemerkt, das Gesetz treffe die Einwohner Brodys nicht unvorbereitet, denn dieselben hätten bereits ihre Vorsehrungen getroffen und würden durch eine Hinausschiebung des Termines eher geschädigt.

§ 1 wird nach Ablehnung des Antrages Sochor unverändert angenommen. Der Rest des Gesetzes wird ohne Debatte angenommen.

Das Gesetz wegen Einführung der Verzehrungssteuer von der Bier-, Branntwein- und Zuckerzeugung in Dalmazien und in den Zollausschlüssen von

Mutter hat niemand, der sie kannte, wiedergesehen, seitdem sie mich verließ; sie mag gestorben sein, aber eine Stimme in mir spricht, dass sie lebt. Nun sagen Sie mir, Miß Winham, ob ich Sir Arthur angehören darf, ob ich ihm nicht entsagen muss, und brähe deswegen mein Herz?“

„Arme Valerie,“ sprach die Matrone theilnahmtevoll. „Ja, Sie dürfen nicht anders handeln, und brähe darüber Ihr Herz. Aber wann haben Sie diese entsephliche Wahrheit erfahren?“

„Wenige Tage vor meiner Ankunft auf Schloß Winham.“

„Und als Sie sie hörten, entsagten Sie Ihrem Geliebten?“

Valerie neigte bejahend das Haupt.

„Sie haben edel gehandelt!“

Die Matrone beugte sich bei diesen Worten zu dem jungen Mädchen herab und küßte ihre Stirn.

„Würde Sir Arthur Sie noch heiraten, wenn er alles wüßte?“ fragte sie nach kurzer Pause.

„Ich weiß es nicht. Ich habe ihn nicht gesehen, seitdem er die Wahrheit erfahren. Doch er hat nach mir gesucht und bei Mr. Beason nach mir geforscht. Ich glaube, er würde mich heiraten, wenn er auch alles erführe,“ fügte das Mädchen voll Ueberzeugung hinzu.

„Er würde Sie heiraten, um es später zu bereuen. Ich kenne die Männer, Valerie. Sie sind zu einem Leben des Alleinseins bestimmt, wie ich es war. Aber es ist kein so schreckliches Los, wenn auch einsam, — sehr einsam!“

Valerie seufzte tief auf.

„Mein Leben lang werde ich in abhängiger Stellung bleiben,“ sagte sie. „Ich werde stets in einem

fremden Hause, an einem fremden Herd wohnen müssen und nie ein eigenes Heim besitzen. Ich bin so jung, Miß Winham, und die Zukunft liegt so trübe vor mir. Aber Sie meinen, ich habe recht gethan, mich vor Sir Arthur Kuschfeld zu verbergen?“

„Sie konnten nicht anders handeln. Sie werden sich mit der Zeit daran gewöhnen, zu leben, wie ich gelebt habe, und zu dulden, wie ich geduldet habe.“

„Sie stoßen mich also nicht von sich?“

„Nein, Valerie. Ich gestehe, dass ich eine ehrliche Herkunft liebe. Aber sind Sie verantwortlich zu machen für die Fehler Ihrer Eltern? Nein, mein Kind; es mag sein, dass es daher kommt, weil ich nun weiß, dass auch Sie allein, und noch einsamer als ich in der Welt dastehen, aber ich schäme und liebe Sie jetzt mehr denn je.“

Valerie führte die Hand der alten Dame an ihre Lippen. In dieser Stunde verschmolzen die Herzen dieser an Alter so verschiedenen Frauen mit einander in inniger Theilnahme und reinsten Liebe.

Gertrudens Erscheinen machte der Unterhaltung ein Ende. Valerie wünschte ihrer Herrin eine gute Nacht und begab sich in ihr Zimmer.

„Ich bin in London,“ dachte sie, indem sie sich an das Fenster setzte und auf die schwach erleuchtete Straße hinabblickte, „in der Nähe Sir Arthurs, den ich nie wiedersehen darf! Ich bin vielleicht meiner Mutter, meiner armen Mutter nahe, die ich auffuchen und aus ihrem Elende erlösen muss. Ich fühle, dass ich vor einem inbalschweren Ereignis stehe. Was kann es sein? Soll ich meine Mutter hier suchen und werde ich sie finden?“

(Fortsetzung folgt.)

Italien und Brody, ferner das Gesetz, betreffend die Einbeziehung der ungarischen Zollauschlüsse in das allgemeine Zollgebiet, werden ohne Debatte angenommen.

Es folgen Berichte des Legitimationsausschusses. Die Wahlen der Abgeordneten Obratschaj, Dnykiewicz werden ohne Debatte, jene des Abg. Dr. Ritter v. Sochor nach kurzer Debatte genehmigt.

Die Wahl des Abg. Dr. v. Wildauer rief gleichfalls eine kurze Debatte hervor. Abg. Dr. Kronawetter beantragt eine Resolution, in welcher die Regierung aufgefordert wird, dahin zu wirken, daß den Wählern bei Wahlen in politische Vertretungskörper keine mit Namen ausgefüllten Stimmzettel eingehändigt werden und daß die Unterbehörden sich in der Ausübung ihres Amtes und Dienstes jeder Wahlagitation enthalten. Die Resolution wird zahlreich unterstützt.

Abg. Lienbacher wendet sich gegen den Vorgang des Legitimationsausschusses, welcher Proteste von Nichtwählern nicht angenommen habe. Gerade so, wie jeder Abgeordnete nicht nur seinen Wahlbezirk, sondern das Reich vertritt, so muß es jedem Staatsbürger zustehen, einen Protest gegen irgend eine Wahl einzubringen.

Berichterstatter Dr. Weeber spricht sich gegen die Resolution aus, mit der er principiell einverstanden sei, die zu beschließen aber kein Anlaß vorliege. Bei der Abstimmung wird die Wahl Dr. Wildauers agnoscirt, die von Dr. Kronawetter beantragte Resolution abgelehnt.

Die Wahlen der Abg. Dr. Claudi, Freiherr v. Taufferer, Dr. Alter, Freiherr v. Schwegel und Minister Freiherr v. Horst werden ohne Debatte agnoscirt.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung Montag.

## Tagesneuigkeiten.

— (Die Kaiserin Fahnenmutter des österreichischen Schützenbundes.) Se. Majestät der Kaiser hat mittelst Allerhöchster Entschliebung vom 5. d. M. dem österreichischen Schützenbunde die Führung der Bundesfahne bewilligt und gleichzeitig gestattet, daß Ihre Majestät die Kaiserin das Amt der Fahnenmutter bei der Weihe der Bundesfahne übernehme. Auch hat Se. Majestät der Kaiser den bezüglichen Vortrag des Bundesvorstandes genehmigend zur Kenntnis genommen. Die Bundesfahne wird auf der Aversseite den schwarzen Doppelaar im goldenen Felde führen und auf der Reversseite sämtliche Wappen der Kronländer der kaiserlichen Reichshälfte tragen. Nachdem nun die Fahnen- und Pathenfrage in so günstigem Sinne erledigt ist, wird der Vorstand des Schützenbundes sofort zur Constituierung der Festcomité für das erste österreichische Bundesfest 1880 in Wien schreiten. In den nächsten Tagen wird der Bundesvorstand einen Anruf an die Bürgerschaft Wiens erlassen und sie zur Mitwirkung an den Vorbereitungsarbeiten einladen. Die Modalitäten, unter welchen diese Mitwirkung erfolgen soll, werden in einer allgemeinen Bürgerversammlung im Magistratssaale berathen werden, welche bereits im Laufe dieser Woche stattfinden soll.

— (Professor Lorenz Stein.) Die gestrige „N. fr. Pr.“ schreibt: „Das Wiener Landesgericht ließ heute folgendes Edict anschlagen: „Vom Landesgerichte Wien wurde über das Vermögen des Dr. Lorenz Ritter v. Stein, k. l. Universitätsprofessors, der Concurser eröffnet. Zum Concursercommissär wurde Landesgerichtsadjunct Dr. Josef Böhm und zum einstweiligen Masseverwalter Hof- und Gerichtsadvocat Dr. Victor Moser bestellt. Die Wahl des definitiven Masseverwalters, dessen Stellvertreter und des Gläubigerausschusses findet am 22sten Dezember um 12 Uhr mittags statt. Anmeldungsstermin: 31. Jänner 1880. Die Liquidierungstagsfahrt ist auf den 31. Jänner, 10 Uhr vormittags, anberaumt.“ Die Concurseröffnung über das Vermögen des Professors Stein hängt mit dem Concurse der Salzburger Torfmoor-Gesellschaft zusammen. Stein gehörte dem Verwaltungsausschusse dieser Gesellschaft an; er hatte nicht nur den größten Theil seines Vermögens in diesem industriellen Unternehmen investiert, sondern überdies bedeutende Verbindlichkeiten für dasselbe übernommen. Die Concurserverfugung zieht den Verlust der Professur nach sich. Die kaiserliche Verordnung vom 10. März 1860 über die Disciplinarbehandlung der k. l. Beamten und Diener bestimmt im § 7: „Beamte und Diener, welche in Concurse verfallen, sind sogleich, ohne daß es eines weiteren Disciplinar-Straferkenntnisses bedarf, vom Tage der Rechtskräftigwerdung des gerichtlichen Erkenntnisses als entlassen zu behandeln.“ Stein war ordentlicher Professor der Nationalökonomie an der Wiener Universität.“

— (Die Festtage in Madrid) sind nun zu Ende. Die letzten Feste waren ein Diner bei dem österreichisch-ungarischen außerordentlichen Gesandten Grafen Rudolph und ein glänzender Ball bei dem französischen außerordentlichen Botschafter Vice-Admiral Jaurès.

— (Ueber den Circusbrand in Stuttgart), dessen wir bereits erwähnten, werden von dort noch folgende weitere Details berichtet: Die Art und Weise, wie der Brand im Circus Herzog ausgekommen, wird sich wohl kaum je genau feststellen lassen. Die Stallwache bestand aus zehn Mann und war sonach für den kleinen Raum, der zu bewachen war, stark genug.

Daß die Wache ihre Schuldigkeit gethan, beweist am besten der Umstand, daß alle Pferde losgeschritten worden. Allein, als das große Thor geöffnet worden war, sollten die Pferde durch die Flammen und den Qualm, die ihnen entgegenwehten, hindurchbrechen, und dazu waren zehn Pferde nicht zu bewegen. Von den vier eigenen Pferden des Herrn Herzog wurden drei gerettet, eines ging zugrunde; es ist aber nicht der helle Fuchs, den seine Tochter Luise geritten; dieser ist wohl behalten mit 49 anderen Pferden im k. Marstall untergebracht. Der König hat dem Director Herzog die gesunde Stallung im Marstalle anbieten lassen; hier erhalten die Pferde nicht bloß warme Unterkunft, sondern auch Streu, Heu und Hafer. Gepflegt werden die Pferde des Herrn Herzog von den eigenen Leuten. Diese haben meist alles verloren und stehen zum Theile noch barfuß in ihren Stallschuhen. Sechs Pferde stehen in den Stallungen der Frau Herzogin von Urach. Nur über den Verbleib eines russischen Pony ist eine bestimmte Kunde noch nicht zu erlangen gewesen. Von den acht bekannten Rappen sind drei verbrannt, darunter „Heros“, das gelehrige Thier, das auf der Barriere gieng. Die Thiere tragen zum Theil noch Brandwunden. Andere Verletzungen rühren daher, daß die Pferde, als sie ledig, scheu, erschrocken durch die Straßen jagten, gegen einander ausschlugen. Die Verletzungen sind unbedeutend: die Pferde sind nicht beschlagen. Herr Herzog geht am kommenden Mittwoch nach Dresden ab. Der Sportclub und der württembergische Wettrennverein haben ihm jener 1200 und dieser 600 Mark als Gesamt-Extrahonorar zugewendet.

— (Der Verlobungsring Luthers.) Aus Düsseldorf schreibt der „Anzeiger für die evangelische Gemeinde“: „Kam war diesertage eine Mittheilung in öffentlichen Blättern erschienen, daß bei dem hiesigen Juwelier und Goldarbeiter Herrn Rothe der echte Verlobungsring Dr. Martin Luthers zu sehen sei, als sich in dem genannten Geschäfte eine nicht enden wollende Schar von Schaulustigen einfand, den Ring in Augenschein zu nehmen. Auch in den Versammlungen der Düsseldorfer Predigerconferenz und des Frauen-Missionsvereins wurde derselbe bewundert. Und mit vollem Rechte, nicht allein wegen der geschichtlichen Erinnerungen, die sich an denselben knüpfen, sondern auch wegen seines künstlerischen Wertes. Katharina v. Bora schenkte den Ring ihrem Verlobten laut Inschrift am 13. Juni 1525. Die Inschrift lautet: „Dr. Martino Luthero, Katharina v. Bora. 13. Juni 1525.“ Luther hat denselben also einundzwanzig Jahre hindurch getragen. Der Ring stellt die Passion des Herrn dar, so daß das Kreuz mit dem Leibe des Gekreuzigten die Mitte des Ringes einnimmt, während sämtliche Marterwerkzeuge (Geißel, Hammer, Nägel, Seile, Leiter, Pfahl, Ruthen), auch der Kopf eines Hohenpriesters und die Würfel der Kriegskente die Umgebung des Kreuzes bilden und ein kleiner Rubinstein (an das Blut des Herrn erinnernd) in der Mitte erglänzt. Der Ring zeichnet sich durch seine ebenso geschmackvolle als seine Ausführung aus, so daß selbst das Angesicht des Herrn und des Hohenpriesters, durch die Loupe betrachtet, nichts zu wünschen übrig lassen. Wie wir hören, hat eine adelige Familie Schlesiens, in deren Besitz sich der Ring befand, denselben nebst vollkommen glaubwürdigen Documenten über seine Echtheit der Diaconissenanstalt zu Kaiserswerth geschenkt mit der Bestimmung, ihn zum Besten der Fliedner'schen Anstalten in Spanien zu verwerten. Hohe Summen sind bereits geboten, ein Zuschlag aber noch nicht erfolgt, weil über die Weise der Verwertung noch kein Beschluß gefaßt wurde.“

## Locales.

### Aus dem k. l. Landesschulrath für Krain.

Auszug aus dem Protokolle über die ordentliche Sitzung des k. l. Landesschulrathes für Krain in Laibach vom 4. Dezember d. J., unter dem Vorsitze des Herrn Landespräsidenten-Stellvertreters, k. l. Hofrathes Dr. Anton Schöppel Ritter von Sonnenwalden, in Anwesenheit von acht Mitgliedern.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Vorsitzenden trägt der Schriftführer die seit der letzten Sitzung erledigten Geschäftsstücke vor, deren Erledigung zur Kenntnis genommen wird. Hierauf wird zur Tagesordnung übergegangen.

Ueber Eruchen der k. l. Landesregierung für Krain wird über die Frage der Competenz in dem Streite zweier Gemeinden, betreffend die Verwendung des fassionsmäßig für Schulzwecke bestimmten Ertrages von Marktstandgeldern, die Aeußerung abgegeben.

Der Bericht der Direction der k. l. Prüfungskommission für allgemeine Volks- und Bürgerschulen in Laibach, betreffend die im Oktobertermin 1879 abgehaltenen Lehrbefähigungsprüfungen, wird zur Kenntnis genommen und mit dem Reinertrage der Prüfungen die entsprechende Verfügung getroffen.

Der Recurs eines Ortschulrathes wider die bezirkschulrathliche Entscheidung betreffs der einem Lehrer zugesprochenen Quartiergeldentschädigung wird der Erledigung zugeführt.

Das Gesuch eines Schuldieners um Erhöhung seines Gehaltes und um Bewilligung eines Equipierungsbeitrages wird hohenorts in Vorlage gebracht.

Das von einem k. l. Bezirksamtsrath in Vorlage gebrachte Gnadenpensionsgesuch eines gewesenen provisorischen Lehrers wird an den krainischen Landesausschuß geleitet.

Ueber das Pensions-, beziehungsweise Gnaden-gesuch einer Lehrerswitwe wird dem krainischen Landesausschuß die Wohlmeinung eröffnet.

Das Gesuch eines Realschülers um Befreiung vom Unterrichtsgelde wird erledigt.

Das von einem Lehrer herausgegebene Buch zum Turnunterricht wird hohenorts in Vorlage gebracht.

Inbetreff Bewilligung von Staatsstipendien für die Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalt in Laibach pro 1880 werden hohenorts Anträge erstattet.

Ueber die von einem k. l. Bezirksamtsrath wider einen Lehrer durchgeführte Disciplinaruntersuchung wird die Entscheidung gefällt.

Zwei Lehrstellen werden definitiv besetzt.

Die vom Herrn Pfarradministrator Simon Robit für eine Schule gewidmete Käferammlung wird der Bestimmung zugeführt und demselben der Dank und die Anerkennung des Landesschulrathes ausgesprochen.

Der Jahresbericht über den Zustand der Mittelschulen in Krain pro 1878/79 wird hohenorts in Vorlage gebracht.

Remunerationsgesuche werden erledigt.

— (Casinoverein.) Bei der in der gestrigen Generalversammlung des hiesigen Casinovereins vorgenommenen Ergänzungswahl wurden von den statutenmäßig ausgeschiedenen acht Directionsmitgliedern die Herren: Leopold Bürger, Johann Kapretz, Anton Laschan, Josef Luchmann und Andreas Beebe wieder- und außerdem die Herren: Director Max Krenner, Landesgerichtsrath Julius Lednig und Oberstleutnant Tormin in die Direction neugewählt. Zu Rechnungsrevisoren wurden die Herren Steuer Oberinspector E. Jagobiz und Kassier J. Preßnitz gewählt.

— (Stand der Rinderpest.) Nachdem die Rinderpest in jüngster Zeit auch in den Ortschaften Korenitsa und Podgier erloschen ist, sind gegenwärtig in ganz Krain nur mehr die zwei Ortschaften Dolsch der Gemeinde St. Michael-Stopitsch im Rudolfswerter und Dule der Gemeinde Suhor im Tschernembl Bezirke verseucht. Im Seuchengrenzbezirke verbleiben somit bloß die politischen Bezirke Rudolfswert und Tschernembl und der Gerichtsbezirk Landstraß.

— (Dilettantie.) Seit kurzem befindet sich der Vertreter einer französischen Gesellschaft in Laibach, die sich damit beschäftigt, photographische Porträts auf chemischem Wege auf Leinwand zu übertragen und sodann je nach Wunsch in gleichem oder beliebig vergrößertem Formate bis zur Lebensgröße in Oelfarben auszuführen. Wir haben in die vom Repräsentanten der Gesellschaft, der sich zur Entgegennahme von Aufträgen bis zum 9. Jänner k. J. in Laibach (Rathausplatz 12, L.) aufhält, uns vorgewiesenen Leistungsproben Einsicht genommen und uns überzeugt, daß sich die Porträts sowohl durch eine sehr sorgfältige coloristische Ausführung, als auch durch große Ähnlichkeit und Natürlichkeit im Ausdruck auszeichnen. Die Preise für die Bilder sind mäßig, sie variieren je nach der gewünschten Größe von 3 1/2 fl. (Visitenkartenformat) bis 50 fl. (Lebensgröße).

— (Ein Kind verbrannt.) Der Grundbesitzer Mathias Starasinič in Krasitz im Gerichtsbezirke Mödling hat kürzlich sein dreijähriges Söhnchen Nikolaus infolge der durch einen unglücklichen Zufall erlittenen Brandwunden verloren. Das nur mit einem Hemde bekleidete Kind befand sich durch kurze Zeit allein in dem Wohnzimmer, in welchem zur Erleuchtung desselben ein offenes Spanlicht brannte; unglücklicherweise kam es dem Lichte zu nahe, wodurch das Hemd in Brand gerieth. Obwohl nun auf das Geschrei des brennenden Kindes die vor der Zimmerthür mit einer häuslichen Verrichtung beschäftigte Mutter sogleich herbeieilte und das Hemd herabriss, hatte das arme Kind doch schon so bedeutende Brandwunden erlitten, daß es am nächsten Tage verschied.

— (Schadenfeuer.) Infolge unvorsichtiger Aufbewahrung noch nicht völlig ausgebrannter Asche gerieth am 25. v. M. der zum Gehöfte des Grundbesizers J. Raspotnik in St. Georgen im Littauer Bezirke gehörige Schweinestall in Brand und wurde nebst einem Theile vom Dachstuhl des anstoßenden Wohnhauses eingestürzt, wodurch der Besitzer einen nicht versicherten Schaden von 100 fl. erlitt. Die drohende Weiterverbreitung des Feuers wurde durch die rasche Hilfe der Ortsbewohner verhindert.

— (Humane Verfügung.) Daß bei dem außergewöhnlich strengen Winter besonders das Eisenbahnpersonal den größten Beschwerden in der Ausübung des an und für sich schwierigen Dienstes ausgesetzt ist, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Wie man nun der „Tagzt.“ aus Marburg schreibt, hat die Direction der Südbahn in wahrhaft humaner Weise verfügt, daß dem Maschinen- und Zugbegleitungspersonal auf sämtlichen Linien der Gesellschaft, so lange die große Kälte herrscht, während des Aufenthaltes der Züge in solchen Stationen, in welchen sich Restaurationen befinden, Kaffee oder Thee mit Brot auf Kosten der Gesellschaft verabfolgt werde.

